

Ist die Schweiz eine Demokratie?

Die Schweiz rühmt sich gern als urdemokratisches Land. Hier dürfen alle über alles mitreden und mitentscheiden. Doch mindestens ein Viertel der Bevölkerung wird von der Mitsprache ausgeschlossen. Es sind Menschen, die keinen Schweizer Pass besitzen. Wer sind diese Menschen und wieso wird ihnen das schweizerische Bürgerrecht verwehrt? Und: Bedeutet demokratische Teilhabe, über Gesetze abzustimmen und Parteien zu wählen, oder gehört da mehr dazu? Wie sieht eine Demokratie aus, die die migrantische Unterschicht miteinbezieht?

In der Schweiz gehören viele sogenannten Ausländer:innen zur ärmsten sozialen Schicht. Diese Einwander:innen werden vom Wirtschaftssystem als günstige Arbeitskräfte ausgebeutet und sind folglich von tiefen Löhnen und fehlender Sicherheit betroffen. Mit der neuen Gesetzeslage, die durch die Annahme der «Aus-schaffungsinitiative» der SVP im Jahr 2010 geschaffen wurde, kann inzwischen selbst eine Aufenthaltsbewilligung C entzogen werden. Dies bedeutet konkret, dass Menschen, die hier aufgewachsen sind, in das Herkunftsland ihrer Eltern ausgeschafft werden können. Wieso erhalten Menschen, die hier geboren oder aufgewachsen sind und seit vielen Jahren hier leben und arbeiten, nicht das Bürgerrecht? Meiner Meinung nach gibt es zwei Gründe, die sich ergänzen: die wirtschaftliche Ausbeutung migrantischer

Arbeit sowie die Vorstellung, dass «Schweizersein» ein Privileg sei, das migrantischen Arbeiter:innen nicht zustehe.

Die Ausbeutung der sogenannten Ausländer:innen als billige Arbeitskräfte

Die Italiener:innen waren die ersten ausländischen Arbeiter:innen, die in die Schweiz kamen. Nach dem Saisonierstatut von 1931 wurden italienische Arbeiter:innen zu Menschen zweiter Klasse gemacht, weil sie hier keinen sicheren Aufenthaltsstatus erhielten. Sie durften lediglich 11.5 Monate im Land bleiben und mussten jedes Jahr nach Italien zurückkehren. Ihre Ehepartner:innen und Kinder durften sie nicht mitbringen¹. Diese Position der Schwäche konnten die Schweizer Firmen ausnutzen. Wie soll ein:e italienische:r Arbeiter:in einen angemessenen Lohn for-

dern, wenn er/sie weiss, dass er/sie jederzeit die Schweiz verlassen muss, sobald er/sie nicht mehr angestellt ist? Dieser Status wurde erst 2002 abgeschafft, doch die Ausbeutung geht bis heute weiter. Nach wie vor sind es überwiegend Einwander:innen, die die am schlechtesten bezahlten, sogenannten unqualifizierten Arbeiten verrichten.

Durch meine Gewerkschaftsarbeit treffe ich regelmässig auf diese Schicksale: Ein 20-jähriger Italiener auf der Baustelle erzählte mir, dass er seit ein paar Monaten als Maurer in der Schweiz sei und für ein Temporärbüro arbeite. Sobald seine Arbeit auf der Baustelle erledigt ist, wird er entweder den nächsten befristeten Job annehmen müssen, der wiederum keine Sicherheit bietet, oder in sein Herkunftsland zurückkehren müssen. Auf der Demonstration

“ Ein-
wander:innen
werden vom
Wirtschafts-
system als
günstige
Arbeitskräfte
ausgebeutet.



der Baurbeiter:innen letztes Jahr in Zürich traf ich einen Deutschen und einen Italiener, die sich beide ein kleines Zimmer teilen und seit vielen Jahren auf Schweizer Baustellen arbeiten. Sie besuchen ihre Familien in Deutschland und Italien in den Ferien oder am Wochenende.

Wie kann es sein, dass heute noch Menschen in der Schweiz arbeiten ohne Perspektive auf ein angemessenes Leben hier? Ganze Wirtschaftszweige

1 Der Verein TESORO fordert die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen, die unter dem Saisonierstatut begangen wurden; siehe <https://www.tesoro2021.ch/>

Was bedeutet echte Teilhabe für die migrantische Unterschicht?

würden ohne die billigen Arbeitskräfte aus dem Ausland zusammenbrechen. Das Gesundheitswesen in der Schweiz würde ohne die sogenannten Ausländer:innen und Grenzgänger:innen nicht funktionieren. Es sind unter anderem eritreische, kurdische oder tibetische Geflüchtete, die eine F- oder B-Aufenthaltsbewilligung besitzen und für rund 4000 Franken brutto Tag und Nacht als Pflegehelfer:innen in einem Altersheim arbeiten gehen. Bei Missständen wehren sie sich nicht, da sie von ihrer Arbeitsstelle abhängig sind.

Zur Arbeiterschicht zählen auch viele Secondos und Secondas. Meine ehemalige Klassenkameradin mit türkischen Eltern ist in der Schweiz geboren und aufgewachsen. Nach ihrer Lehre in einem Altersheim arbeitet sie nun als Pflegefachfrau in der Nachtschicht. Ich habe eine Italienerin kennengelernt, deren Grosseltern schon in die Schweiz eingewandert waren, die aber noch immer keinen Schweizer Pass besitzt. Sie erzieht ihren Sohn allein und hatte eine Lehre als Coiffeuse absolviert, wechselte jedoch in die Reinigungsbranche, weil der Lohn als Coiffeuse zum Leben nicht ausreicht. Auch wenn sie hier geboren sind und eine Ausbildung absolviert haben, arbeiten sie immer noch in prekären Arbeitsverhältnissen in Tieflohnssektoren. Der soziale Aufstieg in der Schweiz bleibt ein Mythos, der sich nur in Ausnahmefällen erfüllt.²

Die Menschen, die unter den prekärsten Bedingungen arbeiten und in die Schwarzarbeit gedrängt werden, sind die Sans Papiers. Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung leben und arbeiten unter menschenunwürdigen Bedingungen mit der konstanten

Bedrohung von den Behörden entdeckt und in ihr Herkunftsland ausgeschafft zu

werden. Schätzungsweise 100.000 Sans Papiers leben heute in der Schweiz. Sie arbeiten vor allem in privaten Haushalten, in Restaurants oder auf Baustellen und sind für die Schweizer Wirtschaft systemrelevant. Viele dieser Menschen waren und sind immer noch Opfer von Gewalt.

Arbeiter:innen mit Migrationshintergrund haben unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eines gemeinsam: Institutionelle Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen führt letztlich dazu, dass sie von der Gesellschaft und der politischen Teilhabe ausgeschlossen werden – auch weil die Schweiz so wirtschaftlich von ihnen zu profitieren vermag.

Der Schweizer Pass als exklusives Privileg

Das Schweizer Bürgerrecht würde für die betroffenen Personen bedeuten, dass sie politisch mitentscheiden dürfen, und vor allem, dass sie materiell mehr Teilhabe erhalten. Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz, eine Arbeitsstelle oder eine Wohnung sind mit einem Schweizer Pass höher als ohne.

Zugleich geht es um eine grössere, für die Schweiz grundsätzliche Frage: Wer ist Schweizer:in? Es braucht hier dringend ein Update. Die Schweiz ist ein Migrationsland und es ist undemokratisch, dass ein Viertel der Bevölkerung ausgegrenzt wird. Es ist bekannt, dass Einbürgerungsprozesse in unserem Land willkürlich sind. In unseren Nachbarländern ist die Einbürgerung ein administrativer Prozess, der auf einem Amt stattfindet und nicht in Parlamenten und Kommissionen von Politiker:innen entschieden wird. Zudem wurde das Einbürgerungsgesetz im Jahr 2018 insgesamt verschärft. Dies ist auf die SVP-Hetze und die rechte Politik zurückzuführen, die seit fast 20 Jahren von «Masseneinbürgerungen» spricht, obwohl der Schweizer Einbürgerungsprozess europaweit einer der restriktivsten ist. Es braucht ein neues Bürgerrecht, wie es die Initiative des Vereins «Aktion Vierviertel» fordert. Nach den Initiant:innen sollen Menschen, die seit fünf Jahren in der Schweiz leben, das Recht auf Einbürgerung erhalten³. Dies wäre ein erster Schritt, damit das Schweizer Bürgerrecht ein echtes Recht wird – und nicht ein angeborenes Privileg von Schweizer:innen bleibt.

Echte Demokratie für die migrantische Unterschicht

Die Frage der Demokratie muss dringend weitergedacht werden, um ihr gerecht zu werden: Echte Demokratie wird es ohne sozialen Frieden nicht geben können. Dieser Friede beruht auf sozialer Gerechtigkeit. Eine echte Demokratie, die der Bevölkerung die Macht über das eigene Leben zurückgibt, findet nicht nur an der Urne statt, sondern sie müsste sich auch in der Arbeitswelt bemerkbar machen, denn dort wird das Schicksal der unteren Schicht mitbesiegelt.

Was bedeutet echte Teilhabe für die migrantische Unterschicht? Ich denke an einen angemessenen

nationalen Mindestlohn und die Umsetzung einer Wirtschaftsdemokratie,⁴ die ein neues Arbeitsgesetz schafft, damit die Menschen vor Willkür am Arbeitsplatz geschützt sind und die Arbeiter:innen in ihren Betrieben echte Mitsprache erhalten. Für meine Mutter als alleinerziehende Arbeiterin haben die Entscheidungen ihres Arbeitgebers eine sehr direkte und relevante Konsequenz auf ihr Leben, sodass es für sie mindestens so wichtig wäre, dort mitentscheiden zu können wie bei nationalen Abstimmungen und Wahlen. Ich denke ausserdem an ein gerechtes Bildungssystem, damit auch die Kinder der migrantischen Arbeiter:innen eine echte berufliche oder akademische Aufstiegsmöglichkeit erhalten. Denn sozialer Frieden beruht darauf, dass es auch für die unteren Schichten eine echte Chance gibt, nach oben zu gelangen.

Die Unterschicht in der Schweiz ist migrantisch. Es gibt hier eine Überschneidung zwischen sozialer Klasse und Migrationshintergrund, die wir nicht länger ignorieren dürfen. Es ist an der Zeit, dass die reiche Schweiz die migrantischen Arbeiter:innen endlich als Teil dieser Gesellschaft anerkennt – als ebenbürtige Menschen, denen dieselben Rechte zustehen. Dazu zählt nicht nur die politische Mitsprache, sondern auch ein gutes Leben in der Schweiz. Erst dann können wir von Demokratie sprechen. 🐦



Migmar Dhakyel

ist Vorstandsmitglied des INES – Institut Neue Schweiz, Branchenleiterin bei Syna und Denknetz-Mitglied.

© 2018 Migmar Dhakyel

- 2 Die Schweiz belegt einen der letzten Plätze im europaweiten Vergleich zur Bildungsmobilität; siehe https://www.swissinfo.ch/ger/gesellschaft/serie--soziale-ungleichheit_so-schlecht-steht-es-in-der-schweiz-um-diechancengleichheit/45416526
- 3 <https://aktionvierviertel.ch/>
- 4 Das Konzept wurde u.a. von der Sozialdemokratischen Partei (SP) Schweiz 2017 in einem Papier verabschiedet.